

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . K. 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— jährlich . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1 Mal.

400.000 Arbeitslose in New York.

New York, 23. Juni. (Reuter.) Nach dem vorläufigen Zählungsergebnis beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt New York auf 400.000.

Mit Ausnahme von fünf Stadtbezirken wurde bereits in ganz New York die Volkszählung durchgeführt. Schätzungsweise wird angenommen, daß Groß-New York heute eine Bevölkerungszahl von 6.700.000 erreicht hat, d. i. um eine Million mehr als im Jahre 1920.

Generalstreik in Sevilla.

Madrid, 23. Juni. Nachrichten aus amtlicher Quelle zufolge ist heute in Sevilla der Generalstreik proklamiert worden, dem sich bisher an die 40.000 Arbeiter angeschlossen haben.

Sozialdemokratische Richtlinien für den Ausgleich des Reichsetats.

Berlin, 23. Juni. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in mehreren Sitzungen Richtlinien zur Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches beschlossen, die morgen veröffentlicht werden sollen.

Darin wird eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten abgelehnt, dagegen ein allgemeiner Preisabbau und die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten gefordert. Der Achtstundentag müsse gesichert, die Ueberstundenarbeit beseitigt und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen angestrebt werden. Um den Haushalt auszugleichen, wobei die sozialen Verpflichtungen des Reiches unangetastet bleiben müssen, seien vor allem die Ausgaben für das Militär, für den auswärtigen Dienst usw. herabzusetzen. Soweit damit nicht die volle Bedeckung zu erreichen ist, müsse sie durch neue Einnahmen herbeigeführt werden. Dabei müssen in erster Linie die leistungsfähigen Volksschichten herangezogen werden, und zwar am besten durch einen zehnpromzentigen Zuschlag zur Einkommensteuer auf höhere Einkommen. Nur wenn auch dieser Betrag zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Leistungen nicht ausreicht, wäre daneben die Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerblosigkeit nicht ausgesetzt sind. Selbstverständliche Voraussetzung wäre jedoch, daß diese Aufgaben zeitlich befristet und kleinere Einkommen von ihre befreit werden.

Es muß betont werden, daß es sich bei diesen Richtlinien nicht etwa um ein sozialdemokratisches Finanzprogramm handelt, sondern daß diese Forderungen lediglich der augenblicklichen Situation angepaßt sind.

„Krieg zwischen Italien und Frankreich unausweichlich“

sagt der Faschistensekretär Turati.
Paris, 22. Juni. „Matin“ übernimmt aus London eine Meldung des römischen Korrespondenten des „Daily Herald“, der zufolge der Generalsekretär der faschistischen Partei Turati bei einem Vortrag an der Universität von Rom erklärt habe, seiner Meinung nach sei ein Krieg zwischen Italien und Frankreich unausweichlich. Das Publikum habe diese Worte mit begeistertem Beifall aufgenommen und ausgerufen: „Wir wollen Risso und Savoyen zurückhaben!“

Anschlußunggebung in Klagenfurt.

Klagenfurt, 22. Juni. (AP.) Die hier stattfindende Tagung des österreichisch-deutschen Volksbundes in Klagenfurt fand heute ihren Höhepunkt mit einer im Landhaushof veranstalteten zahlreich besuchten Anschlußunggebung, die mit einer Ansprache des Bürgermeisters Dr. Bercht eingeleitet wurde. Er betonte insbesondere, die wiederholten Anschlußunggebungen hätten keinen aggressiven Charakter, sondern eine verständliche Note, was er hier an der jugoslawischen Grenze besonders hervorheben wolle. Gegenüber anders lautenden Behauptungen erklärte Redner mit allem Nachdruck, daß die Anschlußidee keine Bedrohung des Friedens sei, sondern, daß vielmehr der Zusammenschluß Österreichs und Deutschlands eine Garantie des Friedens in Europa darstellen würde. Weiters sprachen einige Reichstagsabgeordnete und der Kommandant des österreichischen deutschen Volksbundes Dr. Neubacher.

Das sächsische Wahlergebnis.

Sozialdemokratie behauptet. — Amtuz; im bürgerlichen Lager. — Die Hitlerianer die stärkste Bürgerpartei.

Berlin, 23. Juni. Bei den gestrigen Wahlen zum sächsischen Landtag hat man zwar nationalsozialistische Erfolge erwartet; daß sie jedoch ein derartiges Ausmaß erreichen werden, hatte man nicht angenommen. Die Rechnung des Zuwachses hat wohl neben der deutschen Volkspartei in erster Linie die deutschnationale Volkspartei zu beglücken, deren Stimmen trotz der regen Agitation ihres Parteiführers in einem Jahre von 218.309 auf 224.300 zurückgegangen sind. Die Verluste der Demokraten und der

Wirtschaftspartei sind nicht so erheblich, daß man von einer Ueberraschung sprechen könnte. Ein gut Teil der Verluste der eben genannten vier Parteien geht aber auch auf Kosten der 25 Prozent der Wählerschaft, die nicht den Weg zur Wahlurne gefunden haben. Die Kommunisten haben nicht die Erfolge errungen, wie im Hinblick auf die rege Wahlagitation von ihren Gegnern befürchtet wurden. Die Frage der Regierungsbildung ist demnach also nicht in einem rosigeren Licht zu erblicken.

Mit den Ergebnissen der Landtagswahl vom Vorjahr verglichen, ergibt sich nach den sonntägigen Wahlen folgendes Bild:

	1929		1930	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	922.932	33	871.227	32
Kommunisten	345.530	12	355.552	13
Volkspartei	363.382	13	227.319	8
Deutschnationale	218.309	8	224.300	5
Landvölk	140.611	5	120.497	5
Volkrechtspartei	70.131	3	44.142	2
Altsozialisten	39.568	2	19.197	—
Christl. Volkspartei . . .	—	—	57.408	2
Volkationale Ver.	—	—	39.153	2
Nationalsozialisten . . .	133.958	5	376.724	14
Wirtschaftspartei	304.884	11	276.702	10
Demokraten	105.289	4	83.671	3
Kommunistische Opposition	22.129	—	14.827	—

Ein parlamentarisches Regime unmöglich?

Berlin, 23. Juni. Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wird allgemein dahingehend beurteilt, daß es ein parlamentarisches Regime in diesem Lande vollkommen unmöglich macht. Eine Koalition aller „nichtmarxistischen“ Parteien, welche eine Mehrheit von 51 Stimmen hätte, ist kaum möglich, da die Demokraten, ohne deren drei Stimmen die Mehrheit nicht möglich wäre, sich mit den Nationalsozialisten entschieden nicht verbinden. Eine Koalition eines Teiles der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten

ist gleichfalls wenig wahrscheinlich, da die deutsche Volkspartei und die von ihr rechtsstehenden Gruppen bisher unter allen Umständen eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ablehnten, weshalb es eigentlich zu den Wahlen kam.

Die Wahlen in Sachsen werden daher durchwegs pessimistisch beurteilt und die Besorgungen für die Zukunft sprechen entweder von einer abermaligen Auflösung des Landtages oder von der Einsetzung eines Reichskommissars, der ähnlich wie in der türmischen Inflationszeit im Jahre 1923 die Verwaltung des Landes leiten würde.

Simonkommission für weitreichende Verfassungsreform in Indien

London, 23. Juni. (Reuter.) Zu dem definitiven Berichte der Simon-Kommission wird einmütig die Reorganisation Britisch-Indiens auf föderativer Grundlage mit weitreichenden Verfassungsreformen empfohlen. Die Vorschläge schließen auch die Provinzialautonomie ein. Die mit voller Verantwortlichkeit ausgestatteten Provinzialregierungen sollen den gesetzgebenden Körperschaften verantwortlich sein, die auf Grund eines Wahlrechtes von 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung erweitert werden sollen. Anstelle des Staatssekretärs für Indien soll künftig der Generalgouverneur die Mitglieder des Kabinetts ernennen. Die Mitglieder der zentralen gesetzgebenden Körperschaft d. h. des Staatrates und der Föderalversammlung, sollen von den gesetzgebenden Körperschaften der Provinzen nach dem Prinzip des Proportionalwahlrechtes gewählt werden.

In dem Berichte wird die sofortige Abtrennung Burmas von Indien empfohlen und vorgeschlagen, daß das Kommando über die indische Armee von der indischen Regierung auf ein Reichsamt übergehen, das aus dem Vizekönig und dem Oberkommandanten der indischen Wehrmacht bestehen würde. Dadurch würde

die Verteidigung der Nordwestgrenze Indiens eine Funktion des Reiches werden und die mit der Armee verbundene finanzielle Last würde gerecht geregelt werden. Die gesetzgebende Körperschaft wäre in der Kommission für die Armeeangelegenheiten vertreten. Die „Indisierung“ der Armee soll fortgesetzt werden. Als wichtigster Schritt zur definitiven Föderalisierung Britisch-Indiens mit den Eingeborenstaaten empfiehlt der Bericht die Schaffung eines allindischen Rates, das über alle Fragen von gemeinsamen Interesse beraten und entscheiden würde.

In dem Berichte wird betont, daß diese Überlegungen und Empfehlungen noch vor den letzten Ereignissen in Indien konzipiert wurden und daß der Bericht in keiner Weise unter dem Einflusse dieser Ereignisse abgefaßt wurde. Der nächste Schritt wird die Tagung einer britisch-indischen Konferenz in London im Herbst sein, auf der alle indischen Parteien und alle indischen Staaten vertreten sein werden. Nach dieser Konferenz wird die englische Regierung über die Art der Gesetzgebung entscheiden, die dann dem Parlamente zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

Zentrumsgewerkschaften gegen Zentrumsminister.

Berlin, 23. Juni. Der Verband der christlichen Metallarbeiter hielt gestern in Essen eine Konferenz ab, an der 1500 Delegierte teilnahmen. Die Konferenz forderte die Verbandsmitglieder zur entschiedenen Abwehr gegen die Lohnherabsetzung auf, die auf Grund des sogenannten Cohnhausenschen Schiedspruches vorgenommen werden soll. Der Verband selbst ist verpflichtet, sich diesem Spruche unterzuordnen, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt, sichert aber seinen Mitgliedern, die wegen Ablehnung der Lohnherabsetzung entlassen wurden, die volle Unterstützung.

belanntlich der Führer der christlichen Gewerkschaften ist) anklagen, daß er mit rauer Hand die Ergebnisse der vielfährigen sozialen Arbeit vernichtet habe.

Indien aufs äußerste erregt.

London, 23. Juni. Zu den Unruhen in Bombay am Samstag berichtet der dortige Korrespondent des „Daily Herald“: Seit Beginn des Ghandi-Feldzuges haben sich keine Zwischenfälle mit so ernsten Folgen für Großbritannien und Indien ereignet. Die gesamte indische Bevölkerung ist aufs äußerste erregt. Eine Versammlung von indischen Frauen und Töchtern mit englischen Adels- und anderen Titeln beschloß, ein Protesttelegramm an die Königin von Großbritannien zu senden und eine Demonstration mit schwarzen Fahnen zu veranstalten. Alle indischen Geschäftsunternehmen erwägen dem Blatt zufolge die Einstellung ihrer Tätigkeit für einen ganzen Monat.

